

Frankfurter Rundschau

IDENTITÄRE BEWEGUNG

Rhein-Main - 09.08.2015

Pflicht zur Unruhe

Von Danijel Majic



Die neurechte Identitäre Bewegung ist in Hessen vor allem im Landkreis Fulda aktiv.
Foto: FR

Ruhe ist keine Bürgerpflicht. Wer beim Thema Rassismus auf Ruhe setzt, der schafft nichts anderes als ein ruhiges Hinterland für Rechtsextremisten. Und er wird sich eventuell irgendwann mit einer anderen Art Stille befassen müssen: Grabesruhe. Der FR-Kommentar zur Identitären Bewegung.

Der Staatsschutz in Osthessen gibt derzeit ein merkwürdiges Bild ab. Allem Anschein nach scheint man dort die Sache mit der Ruhe als erster Bürgerpflicht sehr eigenwillig zu interpretieren. Es ist ein altbekanntes Muster, das von Lokalpolitikern und Sicherheitsbehörden in der ganzen Republik immer wieder aufgegriffen wird, wenn bis dahin geflissentlich ignorierte rechte Aktivitäten plötzlich öffentlich werden. Das Problem sind demnach nicht die paar wenigen, rechten Jungs, die Ressentiments gegen Flüchtlinge schüren, sondern eben jene, die diese Aktivitäten öffentlich machen. Nicht die kaum verbräunte rassistische Hetze wird als Störung der Ruhe empfunden,

sondern der Widerstand dagegen.

Im Fall der Identitären verweisen Behörden – darunter der hessische Verfassungsschutz – gerne darauf, dass sich die Aktivitäten der Gruppe im Rahmen des rechtlich Zulässigen bewegen. Das stimmt. Vorurteile gegenüber Flüchtlingen zu schüren, ist in der Tat nicht strafbar, sofern man sich bei den Formulierungen etwas zurückhält, wie es die Identitären tun. Die neurechte „Jugendbewegung“ (mit den gar nicht mal mehr so jugendlichen Köpfen) gibt sich gerne volksnah und bürgerlich. „Wir sind die Guten“, ist eines der Mottos, das immer wieder auf ihren Stickern prangt. Der Staatsschutz, scheint ihnen das zumindest teilweise abzukaufen.

Mehr als zwei Jahre lang war die Identitäre Bewegung im Landkreis Fulda aktiv, bezeichnete sich in öffentlich einsehbaren Facebook-Gruppen mit Stolz als eine der aktivsten und mitgliederstärksten Ortsgruppen in ganz Deutschland. Die Lokalpolitik und die Sicherheitsbehörden sahen es bislang nicht als nötig an, sich näher mit ihr zu beschäftigen. Beispielsweise auch nicht als Aktivisten der Bewegung am helllichten Tag die verhasste EU-Flagge vom Fahnenmast auf dem Stadtschloss holten und das ganze auch noch in einem Video dokumentierten. Eine Provokation, könnte man meinen.

Doch als Provokation wertet der Staatsschutz offensichtlich etwas anderes. Anti-Nazi-Aktivisten zum Beispiel, die diejenigen benennen, die für rassistische Hetze verantwortlich sind. Die Veranstaltungen organisieren, um auf die Umtriebe nicht nur der Identitären aufmerksam zu machen. Das Bündnis „Fulda stellt sich quer“ besteht in der Tat aus Unruhestiftern. Und die scheint man in Osthessen derzeit bitter nötig zu haben.

Ruhe ist keine Bürgerpflicht. Wer beim Thema Rassismus auf Ruhe setzt, der schafft nichts anderes als ein ruhiges Hinterland für Rechtsextremisten. Und er wird sich eventuell irgendwann mit einer anderen Art Stille befassen müssen: Grabesruhe.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/rhein-main/identitaere-bewegung-pflicht-zur-unruhe,1472796,31421512.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau